Reichsgesetzblatt

Teil I

1943	Ausgegeben zu Berlin, den 6. März 1943	Nr. 23
Tag	Inhalt	Seite
1. 3. 43	Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Reichs-Rechtsanwaltsordnung	123
1. 3. 43	Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Reichsnotarordnung	126

Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Reichs-Rechtsanwaltsordnung. Vom 1. März 1943.

Auf Grund des Erlasses des Führers über die Vereinfachung der Rechtspflege vom 21. März 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 139) und des Artikels VII Abs. 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Rechtsanwaltsordnung vom 13. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1470) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei und dem Leiter der Partei-Kanzlei verordnet:

§ 1

Zulassung als Rechtsanwalt

(1) Der Reichsminister der Justiz kann bis auf weiteres einem Anwaltsassessor die Stellung eines Rechtsanwalts auch ohne Zulassung bei einem bestimmten Gericht verleihen. Die Verleihung kann unter Vorbehalt des Widerrufs ausgesprochen werden. Der Rechtsanwalt ist, soweit er nicht als Stellvertreter eines Rechtsanwalts oder als Anwaltsverwalter tätig wird, zur Ausübung des Rechtsanwaltsberufs nur befugt, wenn ihn ein bei einem bestimmten Gericht zugelassener Rechtsanwalt zur Ausübung seiner anwaltlichen Befugnisse ermächtigt.

(2) Soweit es die Bedürfnisse einer geordneten Rechtspflege erfordern, können bis auf weiteres Rechtsanwälte, die bereits anderweit zugelassen sind, sowie Anwaltsassessoren auch widerruflich als Rechtsanwälte zugelassen werden. Die widerrufliche Zulassung ist nicht davon abhängig, daß der Anwaltsassessor den Anwärterdienst bereits abgeleistet hat. Die Zeit der widerruflichen Zulassung kann auf den Anwärterdienst angerechnet werden.

§ 2

Anwaltsverwalter

(1) Zur einstweiligen Fortführung der Geschäfte eines verstorbenen oder aus dem Beruf

ausgeschiedenen Rechtsanwalts kann der Oberlandesgerichtspräsident einen Verwalter bestellen. Bestellt werden kann jeder, der die Fähigkeit zum Richteramt erlangt hat und die Voraussetzungen für die Berufung in das Reichsbeamtenverhältnis erfüllt. Vorzugsweise sollen Rechtsanwälte und Anwaltsassessoren bestellt werden. Dem Verwalter können auch nach der Bestellung Auflagen gemacht werden.

(2) Der Verwalter ist auf eigene Rechnung tätig. Er führt die laufenden Aufträge fort. Kostenforderungen stehen ihm zu, soweit sie nach seiner Bestellung entstehen. Er muß sich jedoch die an den verstorbenen oder ausgeschiedenen Rechtsanwalt gezahlten Vorschüsse anrechnen lassen. Er ist berechtigt, Kostenforderungen des verstorbenen Rechtsanwalts im eigenen Namen für Rechnung der Erben geltend zu machen.

§ 3

Altersgrenze

Der Reichsminister der Justiz kann Rechtsanwälte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand versetzen, sofern nicht die Bedürfnisse der Rechtspflege ein Verbleiben des Rechtsanwalts im Beruf erfordern. Er kann die Reichs-Rechtsanwaltskammer verpflichten, den in den Ruhestand versetzten Rechtsanwälten und ihren Hinterbliebenen unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Lage eine Versorgung zu gewähren.

§ 4

Berufsbezeichnung ausgeschiedener Rechtsanwälte

Rechtsanwälte, die in den Ruhestand getreten sind, dürfen die Bezeichnung »Rechtsanwalt außer Dienst« (a. D.) führen. Andere Rechtsanwälte, die aus dem Beruf ausgeschieden sind,

dürfen die Bezeichnung führen, wenn es ihnen der Reichsminister der Justiz gestattet. Der Reichsminister der Justiz kann die Weiterführung der Bezeichnung bei Unwürdigkeit untersagen.

§ 5

Ausübung von Aufsichtsbefugnissen des Reichsministers der Justiz durch die Oberlandesgerichtspräsidenten

(1) Bei Ausübung der Aufsicht über den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer ist der Präsident des Oberlandesgerichts ständiger Vertreter des Reichsministers der Justiz. Er übt die Aufsicht nach Maßgabe der folgenden Vorschriften aus: Er ist befugt, sich vom Präsidenten der Rechtsanwaltskammer und ihren Organen unterrichten zu lassen, sie auf die maßgebenden Gesichtspunkte und die danach erforderlichen Maßnahmen aufmerksam zu machen und bei Gefahr im Verzuge einstweilige Anordnungen zu treffen. Er kann seine Befugnisse nicht auf einen anderen Beamten übertragen; ist er längere Zeit abwesend oder verhindert, so werden seine Befugnisse von seinem ständigen Vertreter ausgeübt.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend für die Rechtsanwaltskammer beim Reichsgericht. Die Aufsicht wird vom Präsidenten des Reichsgerichts ausgeübt.

(3) Die Aufsichtsbefugnisse des Präsidenten der Reichs-Rechtsanwaltskammer bleiben unberührt.

§ 6

Rüge und Mißbilligung

Die Vorschrift im § 57 Satz 2 der Reichs-Rechtsanwaltsordnung, wonach vor Erteilung einer Rüge oder Mißbilligung ein Ausschuß der Rechtsanwaltskammer zu hören ist, wird aufgehoben.

§ 7

Ehrengerichtliches Verfahren

I. Förmliches Verfahren

(1) Die Ehrengerichtbarkeit über Rechtsanwälte und Anwaltsassessoren wird für die Dauer des Krieges von den Dienststrafgerichten ausgeübt.

(2) Auf das förmliche ehrengerichtliche Verfahren der Dienststrafgerichte finden, soweit nichts anderes bestimmt ist, die für richterliche Beamte der Reichsjustizverwaltung geltenden Vorschriften der Reichsdienststrafordnung entsprechende Anwendung. Die §§ 65, 67 bis 94, 100, 102, 103, 105 der Reichs-Rechtsanwaltsordnung sind im förmlichen ehrengerichtlichen Verfahren bis auf weiteres nicht anzuwenden.

(3) Dienstvorgesetzte im Sinne der Reichsdienststrafordnung sind der Reichsminister der Justiz und die Oberlandesgerichtspräsidenten.

(4) Ehrengerichtliche Strafen sind:

Warnung,

Verweis,

Geldbuße,

Ausschließung von der Rechtsanwaltschaft.

Geldbuße kann gegen Rechtsanwälte bis zu 5 000 Reichsmark, gegen Anwaltsassessoren bis zu 500 Reichsmark verhängt werden. Hat jedoch der Angeschuldigte aus Streben nach Gewinn gehandelt, so kann die Strafe bis zur Höhe des erzielten Vorteils erhöht werden.

(5) Als Ehrengerichte im förmlichen Verfahren entscheiden allein die Dienststrafkammern bei den Oberlandesgerichten und der Dienststrafsenat beim Reichsgericht. In der Dienststrafkammer wirkt neben einem richterlichen Beisitzer ein im Bezirk des Oberlandesgerichts ansässiger Rechtsanwalt als Beisitzer mit. Im Dienststrafsenat wirken neben zwei richterlichen Beisitzern zwei Rechtsanwälte als Beisitzer mit. Die anwaltlichen Beisitzer werden vom Reichsminister der Justiz bestellt. Sind der Vorsitzende der Dienststrafkammer und sein ständiger Vertreter behindert, so führt ein vom Reichsminister der Justiz bestellter Senatspräsident den Vorsitz; das gleiche gilt, wenn der Vorsitzende des Dienststrafsenats und sein ständiger Vertreter behindert sind.

(6) Gegen einen Anwaltsnotar (§ 8 Abs. 2 der Reichsnotarordnung) ist nur das ehrengerichtliche Verfahren vor dem Dienststrafgericht durchzuführen. Als Beisitzer aus dem Rechtsanwaltsstand sollen nur Rechtsanwälte mitwirken, die zugleich Notare sind. Gegen einen zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellten Notar, der nach § 8 Abs. 1 der Reichsnotarordnung zugleich als Rechtsanwalt zugelassen ist, ist nur das Dienststrafverfahren nach der Reichsnotarordnung durchzuführen.

(7) Ehrengerichtliche Verfahren, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung anhängig sind, werden in der Lage, in der sie sich befinden, nach den Vorschriften dieser Verordnung weitergeführt.

II. Strafverfügung

§ 5 der Verordnung zur weiteren Ergänzung der Reichs-Rechtsanwaltsordnung vom 24. Juni 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 333) erhält folgende neue Fassung:

»§ 5

(1) Warnung, Verweis und Geldstrafe bis zu 500 Reichsmark können auf schriftlichen Antrag der Staatsanwaltschaft auch durch

Strafverfügung des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer verhängt werden. Der Antrag ist auf eine bestimmte Strafe zu richten. Eine andere als die beantragte Strafe darf nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft verhängt werden. Vor Verhängung der Strafe hat der Präsident der Rechtsanwaltskammer den Beschuldigten zu hören. Die Strafverfügung ist dem Beschuldigten zuzustellen oder verhandlungsschriftlich zu eröffnen. Hat der Präsident der Rechtsanwaltskammer Bedenken, die Strafe ohne Hauptverhandlung festzusetzen, oder kann eine Verständigung über die zu verhängende Strafe nicht erzielt werden, so wird das förmliche ehrengerichtliche Verfahren eingeleitet. Einer Einleitungsverfügung bedarf es nicht. Der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht hat die Sache mit einer Anschuldigungsschrift dem Präsidenten des Oberlandesgerichts vorzulegen.

(2) Die Staatsanwaltschaft und der Beschuldigte können gegen die Strafverfügung innerhalb zweier Wochen nach der Zustellung oder Eröffnung Beschwerde erheben. Die Beschwerde ist bei dem Präsidenten der Rechtsanwaltskammer oder dem Präsidenten der Reichs-Rechtsanwaltskammer einzulegen. Über die Beschwerde entscheidet nach Anhörung des Beschuldigten der Präsident der Reichs-Rechtsanwaltskammer. Hält er im Einvernehmen mit dem Oberreichsanwalt die Einleitung eines förmlichen ehrengerichtlichen Verfahrens für erforderlich, so hebt er die Strafverfügung auf und gibt die Sache an den Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht ab, der sie mit einer Anschuldigungsschrift dem Präsidenten des Oberlandesgerichts vorlegt; einer Einleitungsverfügung bedarf es in diesem Falle nicht.

(3) Der Präsident der Reichs-Rechtsanwaltskammer kann eine Strafverfügung des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer sowie eine von ihm selbst erlassene Strafverfügung innerhalb eines Jahres, nachdem sie erlassen ist, aufheben und mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft in der Sache anders entscheiden oder die Sache zur Durchführung eines förmlichen ehrengerichtlichen Verfahrens an den Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht abgeben, der sie mit einer Anschuldigungsschrift dem Präsidenten des Oberlandesgerichts vorlegt; einer Einleitungsverfügung bedarf es in diesem Falle nicht.

Berlin, den 1. März 1943.

Der Reichsminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Rothenberger

(4) Die Entscheidungen des Präsidenten der Reichs-Rechtsanwaltskammer nach Abs. 2 und 3 sind endgültig.«

§ 8

Vertretungsverbot

Die §§ 95, 96, 97 der Reichs-Rechtsanwaltsordnung sind bis auf weiteres in folgender Fassung anzuwenden:

»§ 95

(1) Ist gegen einen Rechtsanwalt ein förmliches ehrengerichtliches Verfahren eingeleitet, so kann gegen ihn durch Beschluß des Ehrengerichts ein Vertretungsverbot verhängt werden.

(2) Der Beschluß über die Verhängung eines Vertretungsverbots ist zu begründen und dem Angeschuldigten zuzustellen. Wird ein Vertretungsverbot verhängt, so ist eine beglaubigte Abschrift der Formel des Beschlusses dem Reichsminister der Justiz, den Amtsgerichten, die sich am Wohnsitz des Angeschuldigten befinden, und den Gerichten mitzuteilen, bei denen der Rechtsanwalt sonst noch zugelassen ist.

§ 96

(1) Der Beschluß wird mit der Verkündung wirksam.

(2) Dem Rechtsanwalt, gegen den das Vertretungsverbot verhängt ist, ist jede anwaltliche Berufstätigkeit verboten. Ausgenommen ist die Wahrnehmung der eigenen Angelegenheiten des Rechtsanwalts und der Angelegenheiten seiner Ehefrau und seiner minderjährigen Kinder, soweit nicht Anwaltszwang besteht. Die rechtliche Wirksamkeit von Handlungen des Rechtsanwalts wird durch das Vertretungsverbot nicht berührt.

§ 97

Der Beschluß unterliegt der Beschwerde nach § 66 Abs. 2, 3 der Reichsdienststrafordnung. Die Beschwerde gegen die Verhängung des Vertretungsverbots hat keine aufschiebende Wirkung. § 95 Abs. 2 gilt entsprechend, Abs. 2 Satz 2 auch dann, wenn das Vertretungsverbot aufgehoben wird.«

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt zwei Wochen nach der Verkündung in Kraft.